

Ludwig Neundörfer. Heidelberger Stadtplaner in den 1930er-Jahren

I. Einführung

Am 14. September 1933 beauftragte Heidelbergs Oberbürgermeister Dr. Carl Neinhaus den 32-jährigen Dr. Ludwig Neundörfer mit einer Untersuchung der wirtschaftlichen Struktur der Vororte Wieblingen und Handschuhsheim. Am 2. November 1933 wurde der Auftrag auf Kirchheim ausgedehnt, und am 3. Februar 1934 erhielt Neundörfer einen Dienstvertrag als Angestellter.¹ Innerhalb der Stadtverwaltung Heidelberg wurde Neundörfer die Leitung des neu eingerichteten Sonderdezernats für die Neuordnung der Gemarkung übertragen. Neundörfers Tätigkeit endete am 30. Juni 1939 mit seinem Wechsel als Bezirksplaner nach Mannheim zur Landesplanungsgemeinschaft Baden. Im weiteren Verlauf seines Lebens wurde Ludwig Neundörfer schließlich Leiter des Soziographischen Instituts an der Universität Frankfurt am Main, seit 1961 Professor für Erziehungswissenschaft und Präsident der Frankfurter Hochschule für Erziehung. Als Sozialwissenschaftler und Politikberater hatte er großen Einfluss auf die gesellschaftliche Entwicklung der frühen Bundesrepublik. Er starb am 25. September 1975.

Im Folgenden werden zunächst die Tätigkeit Neundörfers und seine Biografie dargestellt. Sodann erfolgt ein Blick auf das Sonderdezernat und die Hintergründe seiner Einrichtung. Ebenso wird die Einstellung Ludwig Neundörfers zum Nationalsozialismus dargestellt, auch im Vergleich zu Oberbürgermeister Dr. Carl Neinhaus. Auf die Ergebnisse seiner Tätigkeit folgen abschließend Einordnung und Bewertung.

II. Zur Person Ludwig Neundörfers

1. Biografische Daten

Geboren wurde Ludwig Johann Neundörfer am 13. März 1901 im damals hessischen Mainz als Sohn des Oberamtsrichters Ludwig Neundörfer und dessen Ehefrau Barbara, geb. Lorbacher. Die Familie war katholisch.² Der Katholizismus sollte ein prägendes Element im Leben Neundörfers werden. Er engagierte sich in der katholischen Jugendbewegung und war zeitweise Herausgeber der katholischen Zeitschrift „Die Schildwacht“.³ Ob und inwieweit die katholische Prägung Neundörfers Einfluss auf sein Heidelberger Wirken gehabt haben könnte, wird unten angesprochen.

Nach dem Erwerb des Reifezeugnisses in Mainz 1919 studierte Neundörfer an den Universitäten Frankfurt am Main, Tübingen, Freiburg, München und Gießen Geschichte und Kunstgeschichte. Nebenher – d.h. wohl ohne Absicht eines Studienabschlusses – studierte er auch Architektur. Das Studium schloss Neundörfer mit der Promotion in Kunstgeschichte an der Universität Gießen ab. In den Jahren 1923 bis 1926 folgte eine Tätigkeit als Assistent im dortigen kunstgeschichtlichen Seminar. In den Jahren 1926

und 1927 widmete sich Neundörfer in Berlin literarischen Arbeiten, darunter der Tätigkeit für die Zeitschrift „Die Schildwacht“ und der Edition von Werken seines tödlich verunglückten älteren Bruders, des katholischen Theologen Karl Neundörfer.⁴

Während seiner Heidelberger Tätigkeit stellte Neundörfer den eigentlichen soziologischen bzw. soziografischen Untersuchungen mitunter allgemeinere historische oder kunsthistorische Überlegungen voran. Auch verfasste er in jener Zeit einen schmalen Band über die Heidelberger Stadtgeschichte.⁵ Obwohl dies außerhalb seines eigentlichen Aufgabengebietes lag, kuratierte er im Jahr 1936 die stadtgeschichtliche Ausstellung („Heidelberg, Vermächtnis und Aufgabe“) im Kurpfälzischen Museum aus Anlass des 550-jährigen Universitätsjubiläums.⁶

Zusätzlich zur Promotion legte Neundörfer im Jahr 1925 das Staatsexamen für das höhere Lehramt ab. Von 1927 bis 1931 war er als Lehrer für allgemeine Fächer an den technischen Lehranstalten Offenbach tätig. Verbunden damit war die Leitung der neugegründeten dortigen Volkshochschule. Gerade diese Funktion sollte für Neundörfers Laufbahn richtungsweisend werden. So schreibt er in seinem Lebenslauf aus dem Jahr 1936: „In dieser Tätigkeit kam ich in engste Berührung mit allen Schichten des Volkes; [...] die besonderen Bemühungen galten der Hebung des Wohnwesens.“⁷ Hier wird erstmals ein inhaltlicher Bezug zu seinem späteren Heidelberger Wirken erkennbar.

Auf die Tätigkeit in Offenbach folgte 1931 die Berufung in das hessische Innenministerium in Darmstadt. Dort oblag Ludwig Neundörfer die Organisation des Arbeitsdienstes in Hessen. Auch in dieser Tätigkeit liegt ein Bezug zu Neundörfers Heidelberger Wirken vor. Wiederum soll hier sein selbstverfasster Lebenslauf zitiert werden: „Das besondere Augenmerk war dabei darauf gerichtet, Arbeitsprojekte zu fördern, die durch Ansiedlung von Arbeitern durch Neugewinnung von Land Arbeiterhaushalte sichern sollte.“ Von der „Neugewinnung von Land“ zur „Neuordnung der Gemarkung“ ist es nun kein weiter Schritt mehr.

Zum Ende seiner Beschäftigung im Hessischen Innenministerium gibt es abweichende Angaben. Neundörfer selbst schreibt, er sei im Oktober 1932 auf eigenen Wunsch aus dem Dienst ausgeschieden. Ausschlaggebend seien „innere und äußere Widerstände gegen die Planungstätigkeit“ gewesen, ohne dass die Art der insbesondere äußeren Widerstände genauer beschrieben wird. Dirk Kaessler hingegen schreibt in der Neuen Deutschen Biographie, Neundörfer sei 1933 aus dem Dienst des Ministeriums entlassen worden.⁸ Zunächst ließe sich mutmaßen, Neundörfer habe seinen Lebenslauf in der Zeit des Nationalsozialismus „geschönt“, um keinen Verdacht politischer Unzuverlässigkeit aufkommen zu lassen. Indes erscheint es unwahrscheinlich, dass der sich 1933 sogleich dem Nationalsozialismus anschließende Oberbürgermeister Neinhaus in jenem Jahr einen soeben aus politischen Gründen entlassenen Mitarbeiter in Dienst genommen hätte.⁹ Auch liegt eine „politische Begutachtung“ Ludwig Neundörfers durch den Heidelberger NSDAP-Kreisleiter Wilhelm Seiler aus dem November 1936 vor, in der Neundörfer bescheinigt wird, er habe „sich auch in der Kampfzeit nichts zuschulden kommen lassen“.¹⁰ Dass in diesem Zusammenhang eine politisch motivierte Entlassung Neundörfers unbemerkt geblieben wäre, erscheint wenig

wahrscheinlich. Leider findet sich in hessischen Archivbeständen keine Personalakte zu Ludwig Neundörfer aus jenen Jahren, die zur Aufklärung beitragen könnte.¹¹

Nach eigenen Angaben widmete er sich nach seinem Ausscheiden aus dem Ministerium „Strukturuntersuchungen und Planungsarbeiten“, die durch ein Stipendium gefördert worden seien. Ergebnis dieser Arbeiten sei die Schrift „Arbeiterwohnge-
meinden“ gewesen. Wohl dadurch hat sich Ludwig Neundörfer für die Aufgabe in Heidelberg empfohlen. Oberbürgermeister Neinhaus wird ihn jedenfalls später als einen „Fachmann [...] auf dem Gebiet der Volksforschung und Planung“ bezeichnen.¹²

2. Leben und Wirkung nach der Heidelberger Tätigkeit

Mit seiner Heidelberger Arbeit empfahl sich Neundörfer aus Sicht der damaligen Verantwortlichen für weitere Aufgaben, die über die regionale und dann auch die Landesebene hinausreichten. Seine weitere Karriere darf als das wesentliche Ergebnis seiner Heidelberger Zeit angesehen werden. Die tatsächlichen Arbeitsergebnisse fallen dagegen eher bescheiden aus, wie zu zeigen sein wird. Erst im Lichte des weiteren Wirkens gewinnt Neundörfers Heidelberger Tätigkeit an Bedeutung.

1936 war die Landesplanungsgemeinschaft Baden an Oberbürgermeister Neinhaus mit der Bitte herangetreten, Neundörfer mit einem Teil seiner Arbeitszeit für eine Tätigkeit in der Bezirksstelle Mannheim freizugeben. Vom 11. November 1937 datiert eine Vereinbarung, der zufolge Neundörfer künftig an drei Tagen in der Woche als nebenamtlicher Bezirksplaner in Mannheim tätig sein werde. Die Landesplanungsgemeinschaft war eine Dienststelle des Reichsstatthalters in Karlsruhe und ihrerseits der Reichsstelle für Raumordnung in Berlin untergeordnet. Damit war die Landesplanungsgemeinschaft ein Instrument der Zentralisierung im Reich und der damit einhergehenden Entmachtung der Länder. Das war, zumindest im Bereich der Raumplanung, durchaus im Sinne von OB Neinhaus. Er schrieb von der Notwendigkeit, die kommunale Raumplanung mit der Landes- und Reichsplanung zu verbinden.¹³ Im Jahr 1939 wechselte Neundörfer vollständig zur Bezirksstelle Mannheim der Landesplanungsgemeinschaft. Am 15. Februar 1940 wurde die Bezirksstelle Mannheim geschlossen und Neundörfer zur Zentrale in Karlsruhe versetzt. Doch sein Tätigkeitsfeld sollte nicht auf Baden beschränkt bleiben: Er wird zur Mitarbeit an einem Forschungsprojekt – dem „Reichsforschungsprogramm Raumordnung“ der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung – berufen¹⁴ (diese Arbeitsgemeinschaft wird von der Reichsstelle für Raumordnung sowie dem Reichsnährstand¹⁵ getragen). Grundlage war seine Tätigkeit in Baden. In einem Schreiben der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung an die Landesplanungsgemeinschaft Baden heißt es: „In der Person des Hr. Dr. Neundörfer [...] steht ein Sachkenner zur Verfügung, dessen Arbeiten in Baden für die Art und Weise der Untersuchungen des [sic!] Ausgangspunkt gebildet haben.“ Neundörfer selbst schreibt über die Arbeitsweise der Reichsarbeitsgemeinschaft an den Reichsstatthalter in Karlsruhe: „Diese Methode wurde zunächst für Baden angewandt und dann von den maßgebenden Stellen (Reichsstelle für Raumordnung und Reichsbauernführer) als rechtsverbindlich erklärt.“¹⁶ Das Forschungsprojekt, in dem Neundörfer mitarbeitete,



Ludwig Neundörfer (1901–1975)
(Foto: wikimedia commons)

befasste sich mit der „Neuordnung der landwirtschaftlichen Verhältnisse im Altreich“ und damit verbunden mit der „Umsiedlung von Bauernfamilien“. Diese Umsiedlung soll in den Osten erfolgen. Konkret genannt werden das Sudetenland sowie die Gaue Warthegau und Danzig-Westpreußen – Gebiete also, die durch das Münchner Abkommen vom September 1938 und den deutschen Überfall auf Polen im folgenden Jahr dem Reich angegliedert wurden. Neundörfer sprach von der Aufgabe zu untersuchen, „welche Kräfte für die Eindeutschung der Grenzgebiete zur Verfügung stehen“. Wird unterstellt, Ludwig Neundörfer sei auf Grund seiner Heidelberger Tätigkeit in die Landesplanungsgemeinschaft berufen worden, ergibt sich eine Linie von kommunaler Heidelberger Planung zu nationalsozialistischer Volkstums- und Kolonialpolitik. Eine Linie von der Heidelberger Tätigkeit zum Reichsforschungsprogramm ist auch in methodischer Hinsicht erkennbar. Vor diesem Hintergrund wendet sich die Untersuchung nun Neundörfers Heidelberger Tätigkeit zu.

III. Das Sonderdezernat für die Neuordnung der Gemarkung

Im Februar 1934 wurde Ludwig Neundörfer die Leitung eines eigens eingerichteten Sonderdezernats für die Neuordnung der Gemarkung übertragen. Dieses Dezernat wurde „in keines der Stadtämter eingegliedert“ und mit folgenden Aufgaben betraut:¹⁷

- a. Die Feldbereinigung
- b. Alle Fragen, die mit dem Wohnsiedlungsgesetz zusammenhängen
- c. Die Allmendablösung¹⁸
- d. Die Einzelmaßnahmen für die Durchführung des Aufbauplanes

Hier stellt sich die Frage nach den Beweggründen von Oberbürgermeister Neinhaus, das Sonderdezernat zu schaffen. Dabei lassen sich sowohl externe Faktoren als Folge der nationalsozialistischen Machtübernahme als auch spezifische Heidelberger Gegebenheiten erkennen, die besondere Aufgaben von der Stadtplanung und Raumordnung forderten.

IV. Hintergründe der Einrichtung des Sonderdezernates

1. Rechtliche Bedingungen: Das Wohnsiedlungsgesetz

Am 22. September 1933 wird im Reichsgesetzblatt das „Gesetz über die Aufschließung von Wohnsiedlungsgebieten (Wohnsiedlungsgesetz/WSG)“ veröffentlicht.¹⁹ Durch dieses Gesetz erhalten staatliche Behörden erweiterte Kontroll- und Steuerungsmöglichkeiten bei der Entwicklung von Gebieten mit starker Wohnsiedlungstätigkeit. Die entsprechenden Bestimmungen gelten in Gebieten, die als Wohnsiedlungsgebiete im Sinne des Gesetzes ausgewiesen werden. Dafür wiederum war ein Wirtschaftsplan zu erstellen. Dieser Plan hatte „die geordnete Nutzung des Bodens [...] in den Grundzügen“ zu regeln. Die Erstellung eines Wirtschaftsplanes für die Gemarkung der Stadt Heidelberg war eine der Aufgaben Ludwig Neundörfers und seines Dezernates. Oberbürgermeister Neinhaus spricht davon, dass der Wirtschaftsplan überhaupt erst die Voraussetzungen für die Neuordnung der Gemarkung geschaffen hätte.²⁰

Auch wenn das Instrument des Wirtschaftsplans an gegenwärtige Instrumente wie Bebauungspläne denken lässt, zeigt sich aber auch ein Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Ideologie: OB Neinhaus sieht in dem Gesetz eine Grundlage zur „Verhinderung ungesunder Bodenspekulation“ und in dem erforderlichen Wirtschaftsplan ein Mittel für „die Verbindung des Arbeiters mit dem Boden“, die wiederum die „vollberechtigte Stellung des Arbeiters in der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft“ schafft.²¹

2. Die Vorreiterrolle Heidelbergs

Im Zusammenhang mit den Planungen für die Erbhofsiedlung Neurott betonte Neinhaus, Heidelberg sei eine der ersten deutschen Städte, die einen Wirtschaftsplan im Sinne des Wohnsiedlungsgesetzes erarbeitet hätten. Eine Vorreiterrolle Heidelbergs unterstellte auch Ludwig Neundörfer, als er schrieb, die Veröffentlichung seiner Arbeitsergebnisse werde „dem Praktiker helfen, das zu finden, was er für die Durchplanung seiner Stadt braucht“. Neundörfer sah sich also als ein Vorreiter, der den ihm nachfolgenden Praktikern eine Art Lehrwerk vorlegt.

3. Sozioökonomische und topografische Rahmenbedingungen

a. Hohe Arbeitslosigkeit

In einem Aktenvermerk der Stadtverwaltung aus dem Dezember 1933 wird auf die hohe Zahl von Wohlfahrtserwerblosen (ca. 4.000) in Heidelberg hingewiesen. Hier könne aufgrund der „Wirtschaftsstruktur der Stadt der allgemeine Aufschwung der Wirtschaft nur langsam zum Durchbruch kommen“.²² In einem Aktenvermerk aus dem Mai 1934 wird eine für den Heidelberger Arbeitsmarkt ungünstige Voraussetzung angesprochen:

„Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Heidelberg ist besonders schwierig, weil eine größere Anzahl von Heidelberger Arbeitskräften früher im nahen Industriezentrum Mannheim-Ludwigshafen Arbeit gefunden haben. Bei Einsetzen der Arbeitskrise wurden diese in erster Linie freigesetzt.“

Und ein Vermerk aus dem Mai 1935 verweist auf den Niedergang der Fa. Fuchs Waggonbau. Dieses Unternehmen war einer der wichtigsten Arbeitgeber Heidelbergs, insbesondere für die südlichen Stadtteile Kirchheim und Rohrbach.

b. Bahnhofssituation

Die bereits seit 1901 bestehenden Pläne für eine Verlegung des Heidelberger Hauptbahnhofes waren über Jahrzehnte hinweg bedeutend für alle Überlegungen zur Heidelberger Stadtentwicklung. Sie spielten eine wesentliche Rolle im Bestreben der Stadt, die Gemeinde Kirchheim nach Heidelberg einzugemeinden.²³ Im Jahr 1927 errichtete die Reichsbahn bereits ein Bahnbetriebswerk, dessen Standort mit Blick auf die Bahnhofsverlegung ausgewählt wurde, die erst 28 Jahre später erfolgen sollte.²⁴ Auch bei den Überlegungen für die Neuordnung der Gemarkung spielten sie eine Rolle. OB Neinhaus wies darauf hin, dass die aus seiner Sicht verfehlte Siedlungspolitik der Zeit vor 1933 „durch die überaus unglückliche[n] Bahnhofsverhältnisse, insbesondere die 1914 erfolgte Einstellung des Bahnhofsbauwes, veranlasst worden“ sei.²⁵ Ludwig Neundörfer meinte mit Blick auf die Siedlungspolitik vor 1933, „daß durch den Ankauf des neuen Bahnhofsgeländes in den Jahren unmittelbar vor dem Krieg die Bodenpreise auch im Vorfeld außerordentlich in die Höhe getrieben wurden und der Bodenspekulation Tür und Tor geöffnet war“.²⁶

c. Eingemeindungen

Ludwig Neundörfer betont, die seit 1890 erfolgten Eingemeindungen von Neuenheim, Handschuhsheim, Wieblingen, Kirchheim und Rohrbach hätten „das Gesicht der Stadt wesentlich verändert und der Stadtverwaltung [...] neue [Aufgaben] gestellt.“²⁷ Im Zusammenhang der Erklärung der Heidelberger Gemarkung zum Wohnsiedlungsgebiet meint er: „Die verschiedenartige Entwicklung der [neu eingemeindeten, D.D.] Stadtteile hat eine Reihe von Interessensgegensätzen geschaffen, die ohne ein ordnendes Eingreifen der Stadtverwaltung nicht zu beseitigen sind.“²⁸ Auch Neinhaus sah die vormalige Eingemeindungspolitik der Stadt Heidelberg kritisch:

„Damals [nach dem Ersten Weltkrieg, D.D.] ist das weite Gebiet der städtischen Vororte wesentlich lediglich als Mittel zur Ausdehnung der städtischen Baugebiete [und] als Mittel zur stärkeren Bindung der Vorortsbewohner an die eigene Stadt und zur Befruchtung des innerstädtischen Verkehrs- und Wirtschaftslebens betrachtet worden.“²⁹

Es sei keine Rücksicht genommen worden „auf die wichtige Frage, wo diese weit draussen angesiedelten Volksgenossen Brot und Arbeit finden sollten“.

Hier ist die Forderung angesprochen, Siedlungspolitik in Zusammenhang mit den vorhandenen Arbeitsplätzen zu betreiben und bei der Siedlungsplanung falls erfor-



Ludwig Neundörfer: Heidelberg. Umbau einer Stadt (Stadtarchiv Heidelberg / B 883)

geschlossene Siedlungskerne bilden".³¹ Sein Ziel waren größere Räume, die eine wirtschaftliche und geografische Einheit bilden. Die Stadtteile an der Peripherie sollten eine größere Abgrenzung vom Zentrum erfahren: „Die Erfordernisse eines modernen Städtebaues heißen nicht Konzentration, sondern Dezentralisation.“³²

d. Autobahnbau

Schließlich war auch der Bau der Reichsautobahn ein Faktor, der die Neuordnung der Gemarkung beeinflusste. Oberbürgermeister Neinhaus betonte, die durch den Autobahnbau erforderlich gewordene Feldbereinigung könne zu einer „so bald nicht wiederkehrenden“ Gelegenheit werden.³³

e. Ideologische Rahmenbedingungen

Das Verhältnis von Carl Neinhaus zum Nationalsozialismus ist mittlerweile hinlänglich untersucht.³⁴ Auch in seiner Einleitung zum Bericht Neundörfers über die geplante Neuordnung der Gemarkung bedient er sich reichlich nationalsozialistischer Ausdrucksweise: „nationalsozialistische Volksgemeinschaft“, „nationalsozialistische Revolution“, „nationalsozialistisches Aufbauwerk“ und „Erzeugerschlacht“ sind alles Begriffe, die sich darin finden.

Die Sprache Ludwig Neundörfers ist demgegenüber zurückhaltender. Offen nationalsozialistische Begriffe finden sich bei ihm nicht. Sicher geht es anders als bei Neinhaus bei ihm um Sach- und auch Detailfragen und nicht um eine allgemeine Einführung. Allerdings lässt sich auch nicht sagen, er habe sich der Sprache eines un-

derlich entsprechend Erwerbsmöglichkeiten zu schaffen. Diese Sichtweise war für Neundörfer wichtig.

Er erläutert dies am Beispiel der Fuchs'schen Waggonfabrik, verbunden mit Kritik an den politischen Verhältnissen zur Zeit der Weimarer Republik:

„Sehr schwerwiegende Folgen hatte der Bau von Häusern in Kirchheim und ggü. der Fuchs'schen Waggonfabrik im Höllenstein. Sie geschah zum Teil in einer Zeit, in der die starke Reduktion der Belegschaft des Hauptarbeitgebers dieser Gegend schon klar war. Die damals noch bestehende Wohnungszwangswirtschaft und der Einfluß der Parteien auf die Besetzung der Wohnungen ließ Arbeiter aus der Umgebung nach Kirchheim ziehen, ohne daß ein Arbeitsplatz für sie gesichert wäre.“³⁰

Allgemein forderte Neundörfer mit Blick auf die eingemeindeten Stadtteile, „daß zumindest die Vororte wieder eigenständige und in sich ge-

politischen Experten bedient. Neundörfer ordnet seine planerische Arbeit durchaus weltanschaulich ein. Im Zusammenhang mit dem Wachstum der deutschen Großstädte schreibt er von „einer Zeit hemmungsloser individualistischer Freiheit“.³⁵ Im Jahr 1934 erläutert er die Methodik seiner Untersuchungen für die Neuordnung der Gemarkung. Familien und Haushalte, nicht Individuen, bildeten den Ansatzpunkt für seine Untersuchungen. Dies begründet er folgendermaßen:

„Es ist einer der verhängnisvollsten Fehlschlüsse des vorigen Jahrhunderts, eine Gesellschaft vom Individuum her bauen zu wollen. Die kleinste Zelle eines gesellschaftlichen Gefüges ist nicht die Einzelperson, sondern die Familie. Die Wirtschaftsform der Familie ist der Haushalt.“³⁶

Ludwig Neundörfer tritt uns als Vertreter einer illiberalen, aber nicht zwingend nationalsozialistischen Weltanschauung entgegen. Dies lässt sich als eine Art notwendiger Anpassung an die Zeitumstände verstehen. Aber auch ein Einfluss seiner katholischen Prägung scheint möglich. Seine Weltanschauung ähnelt dem in katholisch-konservativen Kreisen verbreiteten Konzept des „Organischen Staates“, das etwa dem „Nuevo Estado“ des portugiesischen Diktators António Salazar oder dem „Austrofascismus“ der österreichischen Kanzler Dollfuß und Schuschnigg zu Grunde lag.³⁷

Genauere Aussagen lassen sich jedoch über die Mitgliedschaft Neundörfers in der NSDAP und ihrer Teilorganisationen treffen.

Seit dem 1. Mai 1937 war Neundörfer mit der Nr. 5 054 961 Mitglied der NSDAP (am 15. Februar 1938 bezeichnete er sich jedoch noch als NSDAP-Anwärter). Der Heidelberger NSDAP-Kreisleiter Seiler schrieb am 26. November 1936, er habe Neundörfer für die Parteimitgliedschaft vorgeschlagen. Bereits seit dem 1. September 1934 war er unter der Nr. 2 432 785 Mitglied der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) und seit dem 11. Dezember 1934 unter der Nr. FM 4/6713 Mitglied des Nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps (NSKK). In der Personalakte im Generallandesarchiv Karlsruhe findet sich zudem die Angabe, Neundörfer sei seit dem 1. Dezember 1938 unter der Nr. FM 413 713 Fördermitglied der SS gewesen.³⁸

Nach Ende der nationalsozialistischen Herrschaft wurde Ludwig Neundörfer am 31. Mai 1947 im Spruchkammerverfahren von der Spruchkammer Frankfurt am Main als „nicht belastet“ eingestuft.³⁹ Festzuhalten bleibt, dass Ludwig Neundörfer bei der Aufnahme seiner Heidelberger Tätigkeit weder der NSDAP noch einer ihrer Teilorganisationen angehört hat.

V. Ergebnisse der Heidelberger Tätigkeit Ludwig Neundörfers

1. Erbhofsiedlung Neurott und Kleinsiedlung Wieblingen („Siedlung Staatsbahnhof“)

Die tatsächlich umgesetzten Ergebnisse von Ludwig Neundörfers sechsjähriger Tätigkeit in der Heidelberger Stadtverwaltung sind spärlich.

Einerseits ist da die Erbhofsiedlung Neurott. Die Betreuung dieser Maßnahme innerhalb der Stadtverwaltung oblag Neundörfer als Sonderbeauftragtem für die Neuord-

nung der Gemarkung. Zwar wurde diese Maßnahme von der Stadt unter maßgeblicher Beteiligung Neundörfers angeregt und auch begonnen. Die tatsächliche Umsetzung lag jedoch größtenteils bei der Badischen Landessiedlung AdöR in Karlsruhe.⁴⁰

Andererseits ist da eine 28 Stellen umfassende Siedlung am Staatsbahnhof Wieblingen (heute Bahnhof Heidelberg Pfaffengrund-Wieblingen), die auf Anregung Ludwig Neundörfers errichtet wurde.⁴¹



Siedlung am Staatsbahnhof im Jahr 1938 (Foto: Stadtarchiv Heidelberg / Lossen Fotografie)

2. Der Aufbauplan

Auch wenn er nicht zur Umsetzung gelangte, darf der Aufbauplan als das wesentliche Ergebnis der Heidelberger Tätigkeit Ludwig Neundörfers gelten. Diese Arbeit dürfte die Grundlage für seine weitere Karriere gewesen sein, zumal sie veröffentlicht wurde. Der Aufbauplan ist gegenüber dem Wirtschaftsplan wesentlich detaillierter und beschränkt sich auf vorgeschlagene Maßnahmen in den Stadtteilen Handschuhsheim, Wieblingen und Kirchheim.

Grundlage sind genaue zahlenmäßige Erfassungen der Bevölkerung, einschließlich der Erwerbstätigkeit. Neundörfer bedient sich Methoden der entstehenden Disziplin der Soziografie. Die Erfassung beruht auf sogenannten Haushaltsbögen: Die Daten werden nicht für einzelne Personen, sondern für Haushalte erhoben. Das Instrument des Haushaltsbogens sollte sich später auch im von Ludwig Neundörfer mitbetreuten Forschungsprojekt der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung finden.

Großen Wert legte Neundörfer auf die Verbindung von raumplanerischen Überlegungen mit der Arbeitsmarkt- und Erwerbssituation. Diese sollte durch eine geeignete Verbindung und Auswertung der im Haushaltsbogen gewonnenen Zahlen sein.⁴²

Folgende Maßnahmen schlug Neundörfer vor:⁴³

a. Handschuhsheim

Neundörfers Vorstellungen für Handschuhsheim waren eher konservativ. Es ging ihm um die Sicherung des Fortbestandes der traditionellen Landwirtschaft. Mittel dazu

sollte der sogenannte Landvorbehalt sein: Landwirtschaftliche Flächen sollten nicht mehr in Bauland umgewandelt werden dürfen.

b. Wieblingen

Durch den Bau der Reichsautobahn sah Ludwig Neundörfer in Wieblingen eine Art Insel entstehen. Sie liegt zwischen den Zweigen der Autobahn nach Heidelberg und nach Karlsruhe, der bestehenden Siedlung Ochsenkopf und der Bahnstrecke Heidelberg-Mannheim. Dieses Gebiet sei landwirtschaftlich nur noch schwer zu nutzen, aber verkehrstechnisch günstig gelegen. Daher müsse hier ein neuer Vorort entstehen – und zwar „ganz geplant und gebaut aus dem neuen Geist“. Entstanden ist die vorgeschlagene nationalsozialistische Mustersiedlung nicht: Auf der „Insel“ befindet sich heute ein Gewerbegebiet.

Im Übrigen sollten die für Kirchheim beschriebenen Maßnahmen auch in Wieblingen Anwendung finden.

c. Kirchheim

Während sich die Planung für die „Insel“ in Wieblingen an Arbeiter mit erspartem Kapital und einigermaßen gesichertem Arbeitsplatz richten sollte – also eine Art unterer Mittelschicht –, geht es bei der vorgeschlagenen Maßnahme in Kirchheim um die Unterschicht. Hier stehen Arbeiter ohne gesichertes und auskömmliches Einkommen im Mittelpunkt der Betrachtung. Ihr Lebensunterhalt soll nicht über Fürsorgeleistungen gesichert werden, sondern vom „Boden her“, durch „Selbstversorgung des Arbeiters in feldmäßigem Anbau“. Es ging Neundörfer dabei jedoch nicht um eine Siedlung nach Prinzipien der Gartenstadtbewegung, vergleichbar etwa dem Pfaffengrund. Die Arbeiterhaushalte sollten das ihnen zugewiesene Land durch ortsansässige Bauern bewirtschaften lassen. Die geleisteten Dienste sollten durch Geld oder Arbeitseinsätze entgolten werden. Dazu sei der Erhalt einer ausreichenden Zahl bäuerlicher Betriebe in Kirchheim (und Wieblingen) erforderlich. Hier verschränken sich nationalsozialistische Sozial- und Agrarpolitik. Da Existenzsicherung materiell gefährdeter („in prekären Verhältnissen lebender“, würden wir heute sagen) Arbeiterhaushalte durch Naturalien statt durch geldliche Fürsorgeleistungen erfolgen sollte, lässt sich von einer beabsichtigten „Entmonetarisierung der Sozialpolitik“ sprechen.

VI. Einordnung und Bewertung

Verschiedentlich wurde diskutiert, inwieweit sich der Nationalsozialismus als modern bezeichnen lässt. Die Methoden Ludwig Neundörfers sind durchaus fortschrittlich. Eine solche Modernität hat jedoch rein instrumentellen Charakter. Ihre Ziele waren nicht modern, sondern reaktionär. Das gilt insbesondere für die angestrebte Selbstversorgung der Arbeiterhaushalte. Hier soll das Rad der Geschichte zu einer (Teil-)Sub-

sistenzwirtschaft zurückgedreht werden. Es lässt sich also von einem „Antimodernismus mit modernen Methoden sprechen“.

Parallelen drängen sich auf zur Debatte um die Grundlagen der Sozialgeschichtsforschung in der Bundesrepublik Deutschland, auch mit Blick auf den Heidelberger Sozialhistoriker Werner Conze. Diese Richtung der Geschichtswissenschaft galt und gilt aus gutem Grund als modern und fortschrittlich, gerade in Abgrenzung zu einer klassischen Geschichtswissenschaft mit ihrem Fokus auf staatliches Handeln und „große Männer“. Dennoch hatte sie Wurzeln in der nationalsozialistischen Volkstumsforschung. Ob in historischer oder quantitativ-soziologischer Ausprägung: Es zeigt sich ein Bogen von der nationalsozialistischen Volkstumsforschung zur bundesrepublikanischen Sozialwissenschaft.⁴⁴

Schlussbemerkung

Ludwig Neundörfer gelang recht geschmeidig der Übergang von der Demokratie in die Diktatur und wieder zurück in die Demokratie. Das während des Zweiten Weltkriegs begründete und von ihm geleitete Soziographische Institut an der Universität Frankfurt blieb über 1945 hinaus bestehen. Bis zu seiner Pensionierung sollte Neundörfer Leiter des Instituts bleiben.⁴⁵ Seiner Heidelberger Tätigkeit kommt dabei innerhalb seiner Karriere eine Schlüsselstellung zu. Über die Systemwechsel hinweg zeigen sich methodische und inhaltliche Kontinuitäten. Dennoch zeigt die Tätigkeit Ludwig Neundörfers in der Zeit des Nationalsozialismus, dass es unter den Bedingungen einer Diktatur so etwas wie einen unpolitischen Fachmann zumindest im Bereich der öffentlichen Verwaltung eigentlich nicht geben kann.

Anmerkungen

- 1 Personalakte Neundörfer (PA N) in StAH.
- 2 PA N im Generallandesarchiv Karlsruhe, GLA 466-2/7229.
- 3 Dirk Kaessler: Ludwig Neundörfer, in: Neue Deutsche Biographie. Hg. v. d. Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. Bd. 19, Berlin 1999, S. 176f.
- 4 Kaessler: Neundörfer (wie Anm. 3); zu Karl Neundörfer Reinhold Ahlers: Karl Neundörfer, in: Neue Deutsche Biographie (wie Anm. 3), S. 175f.
- 5 Ludwig Neundörfer: Heidelberg – wie es war und ist, Essen 1936.
- 6 Dienstzeugnis für Ludwig Neundörfer von OB Neinhaus aus dem November 1936, in PA N, StAH.
- 7 In PA N, GLA (wie Anm. 2).
- 8 Kaessler: Neundörfer (wie Anm. 3).
- 9 Zusammenfassend zu Carl Neinhaus und seinem Verhältnis zum Nationalsozialismus Frank Engehausen: Gutachten zu Person und Amtsführung des Heidelberger Oberbürgermeisters Dr. Carl Neinhaus in seinen drei Amtszeiten 1933 bis 1945, in: Heidelberg. Jahrbuch zur Geschichte der Stadt. Jg. 27, 2023, S. 272–286.
- 10 Politische Begutachtung zur Vorlage der Reichsstatthalterei durch Kreisleiter Seiler vom 26. November 1936, in PA N, GLA (wie Anm. 2).
- 11 Auskunft von Herrn Tobias Bast, Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, an den Verfasser, E-Mail vom 18.4.2024.

- 12 Einleitung von OB Neinhaus zu Ludwig Neundörfer: Die Neuordnung der Heidelberger Gemarkung, internes Dokument der Stadtverwaltung, Heidelberg 1935.
- 13 Ebd., S. V.
- 14 GLA 465c-16328.
- 15 Zum Reichsnährstand u.a. Dietrich Dancker: Die Gründung der Erbhofsiedlung Neurott – ein Stück nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik?, in: Heidelberg. Jahrbuch zur Geschichte der Stadt. Jg. 28, 2024, S. 179–189.
- 16 Beide Schreiben in PA N, GLA (wie Anm. 2).
- 17 Anlage 1 zu Ludwig Neundörfer: Heidelberg – Umgestaltung einer Stadt, Berlin, Verlag der Deutschen Arbeitsfront [1936].
- 18 Zur Allmendablösung vgl. Dancker: Gründung (wie Anm. 15).
- 19 RGBl. I 1933, S. 659–661.
- 20 Neinhaus: Einleitung (wie Anm. 12), S. IXf.
- 21 Neinhaus: Einleitung (wie Anm. 12), S. VIII.
- 22 StAH 21b/Fasc I.
- 23 Dietrich Dancker: Kirchheim, 1. April 1920 – eine Eingemeindung und ihre Zeitumstände, in: Heidelberg. Jahrbuch zur Geschichte der Stadt. Jg. 25, 2021, S. 79–89.
- 24 Wieblinger Weg 81/1, in: Denkmaltopographie der Bundesrepublik Deutschland, Kulturdenkmale in Baden-Württemberg, Stadtkreis Heidelberg, Teil 2, S. 9.
- 25 Neinhaus: Einleitung (wie Anm. 12), S. VIII.
- 26 Neundörfer: Heidelberg – Umgestaltung (wie Anm. 17), S. 63.
- 27 Neundörfer: Neuordnung (wie Anm. 12), S. 1.
- 28 Anlage 2 zu Neundörfer: Heidelberg – Umgestaltung (wie Anm. 17), S. 73.
- 29 Neinhaus: Einleitung (wie Anm. 12), S. III.
- 30 Neundörfer: Heidelberg – Umgestaltung (wie Anm. 17), S. 63.
- 31 Neundörfer: Heidelberg – Umgestaltung (wie Anm. 17), S. 10.
- 32 Dienstzeugnis (wie Anm. 6).
- 33 Neinhaus: Einleitung (wie Anm. 12), S. VIII.
- 34 Engehausen: Gutachten (wie Anm. 9).
- 35 Neundörfer: Heidelberg – Umgestaltung (wie Anm. 17), S. 7.
- 36 Schreiben Neundörfers vom 29.8.1934, in PA N, StAH.
- 37 Eric Hobsbawm: Age of Extremes 1919–1991, London 1995, S. 114.
- 38 Angaben gem. Personalakten im StAH und im GLA.
- 39 Spruchkammer FfM 520/11, Auskunft von Herrn Mario Schäfer, Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, an den Verfasser, E-Mail vom 19.4.2024.
- 40 Dancker: Gründung (wie Anm. 15).
- 41 StAH Az. 21b/ Fasc I (Antwort vom 25. Juni 1934 auf Anfrage des Kreispropagandaleiters); Dienstzeugnis (wie Anm. 6); Einträge „Asterweg“ und „Tulpenweg“ in Hansjoachim Räther: Die Heidelberger Straßennamen, Heidelberg 2015, S. 40, 340.
- 42 Neundörfer: Heidelberg – Umgestaltung (wie Anm. 17), S. 8.
- 43 Neundörfer: Heidelberg – Umgestaltung (wie Anm. 17), S. 57ff.
- 44 Zur Modernitätsdebatte Karl Heinz Roth: Geschichtsrevisionismus – die Wiedergeburt der Totalitarismustheorie, Hamburg 1999, S. 19–29; zu Werner Conze u.a. Hans-Ulrich Wehler: Nationalsozialismus und Historiker, in: Wilfried Schulze, Otto Gerhard Oexle (Hgg.): Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 1999, S. 306–339, hier 322–324.
- 45 Kaessler: Neundörfer (wie Anm. 3).